

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Bundes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

ersch. wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 10 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitgließer unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köpenicker Park 2. Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20.

Inserate: Die sechsgepaßene Kompartimentzelle oder deren Raum 1,50 Mark, Arbeitervermittlungen 75 Pfennig. Verbandsanzeiger 50 Pfennig pro Zeile.

Gewerbliche Hautschädigungen bei Holzarbeitern.

Von Prof. Dr. Chajes (Berlin).

Die gewerblichen Hautschädigungen wurden früher und werden zum Teil auch heute noch als minder wichtige Erkrankungen angesehen, weil sie eben in den seltensten Fällen zu schweren oder lebensbedrohlichen Erkrankungen führen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die gewerblichen Hauterkrankungen doch eine erhebliche praktische Bedeutung besitzen, nicht nur in gesundheitlicher, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung, da sie durch ihre Langwierigkeit und Neigung zu Rückfällen zu oft lang dauernd und immer wieder erneut auftretender Erwerbsunfähigkeit Veranlassung geben. Wer Gelegenheit hat, viele Gewerbetrankeiten zu sehen oder zu begutachten, der weiß, daß sicher über die Hälfte aller gewerblichen Erkrankungen gewerbliche Hautschädigungen sind. Diese Tatsache habe ich nicht nur innerhalb des letzten Jahres als Gutachter der Berliner Krankenkassen für Gewerbetrankeiten, dem alle zur Kenntnis der Krankenkassen kommenden Gewerbetrankeiten überwiesen werden, festgestellt, auch andere erfahrene Gewerbemediziner haben die gleichen Beobachtungen gemacht. Unter den Berufsgruppen, bei denen gewerbliche Hautschädigungen häufig beobachtet werden, spielen die Holzarbeiter, besonders die Tischler eine wichtige Rolle. Schon nach der älteren, aus dem Jahre 1910 herrührenden Leipziger Statistik entfielen auf 1000 erwerbsunfähige Tischler 30,2, die durch Hauterkrankungen arbeitsunfähig waren, wobei die Zahl derjenigen, die an Hauterkrankungen litten, aber nicht erwerbsunfähig waren, selbstverständlich weit höher war.

Unter den Hauterkrankungen, die bei Holzarbeitern, insbesondere bei Tischlern durch die Berufsarbeit entstehen, spielen die Hautentzündungen die Hauptrolle. Die eine Form — die Toxikodermie — tritt akut auf und wird bei Tischlern, Möbelpolierern usw. besonders durch hartharzte Holzarten, wie das ostindische Satinholz, das Tielholz, Atlasholz, Polständerholz, afrikanisches Buchsbaumholz, auch gewisse Eichenholzarten, hervorgerufen. Das dabei auftretende Krankheitsbild ist recht mannigfaltig. Von leichten Hautrötungen beginnend, kann es zur Entwicklung von mazerierten und scharlachähnlichen oder auch zu netz- oder bläschenförmigen Ausschlägen kommen, bei deren Heilung die Haut meist schuppt; die Schuppung kann sich unter Umständen mehrmals wiederholen. Es ist nicht immer notwendig, daß die Entzündungen an denjenigen Hautstellen auftreten, wo die schädigenden Ursachen direkt die Haut angreifen, also zumeist an den Händen und Unterarmen, es kann vielmehr durch Aufnahme der ätherischen Öle und Harze durch die Haut usw. eine Schädigung der Blutgefäße der Haut an den verschiedensten Körperpartien entstehen, wobei die Streckseiten der Arme und Beine, das Gesicht und die Gegend der Geschlechtsorgane zumeist befallen werden.

Nun wissen wir ja, daß durchaus nicht alle Arbeiter, die mit den verschiedenen schädlichen Stoffen zu tun haben, von derartigen Hauterkrankungen befallen werden; wir sehen ja auch, daß nur ein geringer Prozentsatz derjenigen Tischler, die mit Satinholz und den sonst oben genannten exotischen Holzarten zu tun haben, erkrankt. Man nimmt daher mit Recht eine besondere persönliche Überempfindlichkeit an, die entweder angeboren sein kann oder sich erst allmählich durch die Beschäftigung mit den bestimmten Stoffen entwickelt. So erklärt sich auch die Tatsache, daß die Empfindlichkeit zum Beispiel gegen Satinholz auch nach dem Abheilen der erstmaligen Entzündung meist immer stärker wird und bisweilen zum Arbeitswechsel zwingt, der jede Berührung mit den betreffenden schädigenden Substanzen ausschaltet.

Im Anschluß an diese toxischen Hautentzündungen, viel öfter aber aus Hautreizungen lokaler Art infolge der verschiedensten Reize entwickelnde Gewerbeekzeme. Auch hier spielen neben den äußeren Einwirkungen innere Ursachen, wie Stoffwechselstörungen (Zuckerkrankheit, Nierenleiden, Tuberkulose usw.), eine nicht zu unterschätzende Rolle. Man beobachtet ferner, daß Arbeiter oft monats- oder jahrelang mit Beizen, Lacken, Polituren usw. arbeiten, ohne irgendwelche nennenswerten Hautschädigungen zu bemerken, und dann ohne Hinzutreten einer auffälligen Schädigung plötzlich erhebliche Krankheitserscheinungen an der Haut auftreten. Nach kurzer Zeit bildet sich das typische Bild eines Gewerbeekzems heraus: Neben geröteten Hautpartien sieht man Blasenbildung, oberflächliche Hautwunden und -risse, aus denen eine helle seröse oder blutige Flüssigkeit herausfließt und eintrocknend zur Krustenbildung führt.

Häufig kommt es infolge der Hautwunden zu Infektionen und Eiterungen, die zu schwerwiegenden Folgen führen können. Unter diesen Gewerbeekzemen leiden besonders die Polierer. Die Politurlösung enthält ja Schellack bzw. Harze in Spiritus gelöst, wobei das zur Verwitterung des Spiritus benutzte Natrium als besonders reizend für die Haut angesehen wird. Ferner kommt noch hinzu, daß noch vielfach Nachstoffe hinzugesetzt werden, die bereits wieder eine schädigende Wirkung ausüben. In manchen Fällen ist der Politur auch Benzol oder benzolhaltiges Petroleum beigegeben; es kommen auch Verätzungen durch Ätznatron oder Laugen vor. Alle diese Substanzen werden aber empfindlich

auf die Haut ein und bedingen so das Zustandekommen der geschilderten Hautentzündungen. Oft muß vor dem Polieren auch noch die alte Farbe abgelöst werden, wobei Terpentin — meist natürlich in nicht reiner Form — oder der im allgemeinen für die Haut viel schädlichere Terpentinerfah angewandt wird. Gerade das Terpentin bedingt neben der Hautentzündung vielfach eine Erkrankung der Nägel, die natürlich auch durch die Politur usw. allein auch hervorgerufen werden kann.

Die gleichen gewerblichen Hauterkrankungen, wie sie hier als bei Tischlern, Holzarbeitern usw. häufig vorkommend geschildert sind, kommen durch mechanische oder chemische Reizungen der Haut eben durch die gewerbliche Arbeit sehr oft vor. Es sei nur an die Zementtröße, Bädertröße, an das Galvanisieretzem erinnert, um einige wenige Beispiele anzuführen. Und wie verlaufen solche Hauterkrankungen? In vielen Fällen erleidet der betreffende Arbeiter nur eine einmalige Attacke, nach der er in mehr oder weniger kurzer Zeit geheilt wird und von Rückfällen verschont bleibt. Diese glünstig verlaufenden Fälle haben natürlich weiter keine Folgen und fallen daher nicht ins Gewicht. Sehr häufig aber heilt das zum ersten Male aufgetretene Hautleiden nach einer verschieden langen Arbeitspause aus. Der betreffende Tischler, wenn wir bei diesem Beispiel bleiben, nimmt dann wieder seine Tätigkeit auf und muß bemerken, daß sein Hautleiden nach oft recht kurzer Zeit wieder auftritt und ihn von neuem zum Aussetzen der Arbeit zwingt. Und dieses traurige Wechselspiel wiederholt sich dann öfters, bis der Betroffene entweder seine Stellung aufgibt oder seine Arbeit verliert oder von der Kasse ausgesteuert ist. Eine Invalidenrente kommt ebenfalls meist nicht in Frage, da der § 1255 RVO. selten anwendbar ist: „Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht, und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“ So werden diese Hauterkrankungen, deren Empfindlichkeit der Haut, wie oben bereits betont, ständig zunehmen kann, ohne daß sie schwerer krank sind, doch außerordentlich in ihrer Arbeitsfähigkeit geschädigt.

Die Entschädigung von Berufsfrankheiten, besonders der gewerblichen Vergiftungen in gleicher Weise wie die der Betriebsunfälle, wird von gewerbehygienisch interessierten Kreisen schon seit Jahren angestrebt. Erst im Jahre 1925 hat der Reichsarbeitsminister in seiner Verordnung vom 12. Mai von dem § 547 der RVO., nach dem durch die Reichsregierung die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufsfrankheiten ausgedehnt werden kann, Gebrauch gemacht und eine Reihe von gewerblichen Vergiftungen und anderen Erkrankungen bezüglich der Entschädigung den Betriebsunfällen gleichgestellt. Wenn in der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst nur 11 verschiedene Erkrankungen genannt worden sind, so ist es natürlich das Bestreben der Gewerkschaften, die Verordnung auf weitere Erkrankungen auszudehnen. Den besonderen Bemühungen des Staats- und Gemeindearbeiter-Bundes ist es gelungen, im Reichswirtschaftsrat die chronischen Kohlenoxyd- und Schwefelwasserstoffvergiftungen auf die Liste zu bringen. Der Deutsche Holzarbeiter-Bund ist bereits seit langem bemüht, die Erkrankungen der Haut durch Satinholz und ähnliche Hölzer in gleicher Weise als Betriebsunfälle behandelt zu sehen. Ich persönlich möchte mich nicht auf diese, wie oben gesagt, immerhin selteneren gewerblichen Hauterkrankungen beschränken, sondern alle rezidivierenden (d. h. immer wieder ausbrechenden) gewerblichen Hauterkrankungen, die durch feste und flüssige Stoffe hervorgerufen werden, gesetzlich den Betriebsunfällen gleichstellen. Damit werden nicht nur die Hauterkrankungen bei Holzarbeitern und Tischlern usw., wie ich sie oben beschrieben habe, erfasst, sondern es werden auch die Arbeiter der anderen Industrien, z. B. der Metallverarbeitung, der chemischen Industrie usw. geschützt. Eine besondere Belastung der Berufsgenossenschaften durch Renten dürfte ja durch die Hauterkrankungen, wenn sie unter die Verordnung vom 12. Mai 1925 fallen, sicherlich nicht eintreten, wohl aber würden den erkrankten Arbeitern die Vorteile des § 6 der Verordnung zugute kommen, der besagt: „Ist zu befürchten, daß eine gewerbliche Berufsfrankheit entstehen, wiederentstehen oder sich verschlimmern wird, wenn der Versicherte weiter in einem Betriebe beschäftigt wird, welcher der Versicherung gegen die Krankheit unterliegt, so kann ihm der Versicherungsträger eine Übergangsrente bis zur Hälfte der Vollrente so lange gewähren, wie er die Beschäftigung in solchem Betriebe unterläßt.“

Hierdurch könnte bewirkt werden, daß dem an immer wieder auftretenden gewerblichen Hauterkrankungen leidenden Arbeiter die Möglichkeit gegeben wird, sich in einen anderen Beruf umstellen zu lassen, bei dem ihm sein Leiden nicht hinderlich ist. Letzten Endes muß es ja das Ziel des Sozialpolitikers sein, nicht Rentenempfänger zu schaffen, sondern den in ihrer Berufstätigkeit behinderten Arbeitern eine möglichst große Arbeitsfähigkeit und -möglichkeit wiederzugeben. Wenn natürlich auch meine Forderung sich vielleicht nicht so sehr bald verwirklichen lassen wird, so geht

nur darauf hinweisen, daß in der Sitzung der beratenden internationalen Gewerbehygienekommission beim Internationalen Arbeitsamt in Genf im September d. J. mein Antrag, die rezidivierenden gewerblichen Hauterkrankungen den Betriebsunfällen international gleichzusetzen, angenommen wurde. Jedenfalls ist diese Frage wichtig genug, um die Bemühungen der Gewerkschaften zu verdienen.

Freihandelsmanifest der Unternehmer.

Der Weltkrieg hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß das Gedeihen der einzelnen nationalen Wirtschaften abhängig ist von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Völker. Anstatt diese Zusammenarbeit zu fördern, haben die Regierungen und Unternehmer aller Länder bisher das direkte Gegenteil getan. Ihre Zollpolitik dient der Verdrängung fremder Industrien vom heimischen Markt. Alle Länder wollen möglichst viel Waren ausführen, aber keine einführen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ebensovienig wie der einzelne Mensch auf die Dauer größere Ausgaben machen kann, als er Einnahmen hat, kann ein Land dem anderen Land dauernd Waren abkaufen, wenn dieses nicht das gleiche tut. Erst der gegenseitige An- und Verkauf der verschiedensten Waren gibt beiden die Mittel für den Handel in die Hand. Das ist so selbstverständlich, daß man meinen sollte, auch die Unternehmer müßten das begreifen. So ist es aber leider nicht. Immer aufs neue werden höhere Einfuhrzölle, teils sogar völlige Einfuhrverbote gefordert. Angeblich zum Schutz der nationalen Arbeit. In Wirklichkeit hat der Zollwahnsinn wesentlich dazu beigetragen, daß die Arbeitslosigkeit in Europa einen so ungeheuer großen Umfang erreicht hat. Was Deutschland anbetrifft, so messen wir der Ausfuhr keine so große Bedeutung für die Konjunktur der Gesamtwirtschaft zu wie die Unternehmer. Aber soviel steht fest, daß, wenn die deutsche Ausfuhr durch Zollschranken, in einigen Ländern sogar durch fast unübersteigbare Zollmauern, nicht künstlich gehemmt würde, die Menge der ausgeführten Waren wesentlich größer und damit auch die Konjunktur in Deutschland besser wäre. Ähnlich so liegt es in allen Ländern. Die heutige Zollpolitik trägt also ein gerüttelt Maß von Schuld an der Arise der deutschen und der Weltwirtschaft.

Allmählich scheint das auch ein Teil der führenden Wirtschaftler der Welt einzusehen. Mitte Oktober haben die bekanntesten Finanzmänner und Industriellen aus 16 Ländern ein Manifest veröffentlicht, das sich mit großer Schärfe gegen die verheerenden Folgen der gegenseitigen wirtschaftlichen Absperrung der Völker wendet. Die auf der ganzen Erde aufsehen erregende Kundgebung hat den folgenden Wortlaut:

„Wir wünschen als Geschäftleute die Aufmerksamkeit auf gewisse schwerwiegende und beunruhigende Zustände zu lenken, die unserem Urteil nach der Rückkehr zum allgemeinen Wohlstand im Wege stehen. — Man kann nicht ohne Bedenken mit ansehen, in welchem Ausmaß Tarifbarrieren, Speziallizenzen und Verbote seit dem Kriege sich in den internationalen Handel eingeschoben und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermochten. In keiner Periode während der neueren Geschichte hat es der Handel notwendiger als heute gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein, um den Handelstreibenden zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigen Bedingungen anzupassen. Und zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt, ohne daß man die daraus entstandenen ökonomischen Konsequenzen gewahrt geworden wäre.“

Der Zusammenbruch von großen politischen Gebiets-einheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel. Innerhalb weiter Gebiete, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurde eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eiferwärtig gesperrt sind. Alte Märkte verschwanden. Kassengegenstände konnten Gemeinschaften aus einanderreißen, deren Interessen untrennbar miteinander verwoben waren. Eine nicht unähnliche Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen wollte, die sie miteinander verknüpfen, und anfangen würde, den gegenseitigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern. Es kann kaum bezweifelt werden, daß unter diesen Umständen der Wohlstand eines solchen Landes sich rapide vermindern würde.“

Um diese neuen Grenzen in Europa zu kennzeichnen und zu verteidigen, wurden Lizenzen, Tarife und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen. Der eine Staat verlor seine billige Nahrungsversorgung, der andere seine Versorgung mit billigen Waren, Industrien litten unter Kohlenmangel, Fabriken durch das Fehlen von Rohmaterialien. Sinter den Zollmauern wurden, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue Lokalisierungen begründet. Die infolge der Konturen nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher erhaben. Eisenbahntarife, die von politischen Überlegungen beeinflusst, festgesetzt sind, machen Transporthetze und Frachttarife schwierig und

ten. Die Preise sind allgemein gestiegen, und eine künstliche Teuerung ist hervorgerufen worden. Die Produktion, als Ganzes genommen, ist zurückgegangen, die Abrodite haben sich verringert, und der Geldmangel hat abgenommen. Zu viele Staaten haben in Verfolgung verfehlter Ideen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unsinnige Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten.

Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Welt in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, vermehren wir damit auch die Möglichkeit, ihre Schulden abzubauen und unsere Produkte zu kaufen. Ein geschänkter Export bringt auch Beschränkung des Exports mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. Da wir alle von der Einfuhr und Ausfuhr abhängig sind sowie von dem Prozeß des internationalen Güterausstausches, können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mit ansehen, die die Verarmung Europas bedeutet.

Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Erkenntnis dieser drohenden Gefahren gekommen ist. Der Völkerbund und die Internationalen Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren, um die Unausgeglichenheit in diesen Zuständen, außer in den Zolltarifen, zu beseitigen und Passagier- und Güterverkehr zu erleichtern. Einflußreiche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von anderen Seiten ist der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen vorgeschlagen worden, die in jedem Falle eine Meistbegünstigungsklausel enthalten sollen. Einige Staaten haben in kürzlich abgeschlossenen Verträgen die Notwendigkeit anerkannt, den Handel von allen niedrigerdrückenden Bedingungen zu befreien. Und Erfahrung lehrt allmählich auch andere, daß das Niederreißen der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als sicheres Heilmittel gegen das Stagnieren des Handels erweist, das überall zu spüren ist. Bei den zugleich wertvollen politischen Resultaten, die sich aus einer solchen Politik ergeben würden, und die sich Willen solcher Politiker werden und die Exklusivität der Völker in Zusammenarbeit umzuwandeln, wollen wir uns nicht aufhalten. Aber wir wünschen unserer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedereinführung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wiederherzustellen."

Das Manifest ist eine glänzende Rechtfertigung der Handelspolitik der Gewerkschaften. In ihm finden sich viele Forderungen, wenn auch nicht immer in der wünschenswerten Klarheit, wieder, die von den deutschen Gewerkschaften und dem Internationalen Gewerkschaftsbund seit Jahren erhoben werden. Wird das Manifest der führenden Unternehmer bei deren Genossen und bei den Regierungen ein besseres Ohr finden als die Vorschläge der Gewerkschaften? Anscheinend nicht. Die Deutschen Gewerkschaften schweigen es zum Teil tot, und der andere Teil lehnt es ab. Die Unternehmerverbände haben noch keine Stellung genommen, wenn das überhaupt geschieht, dann bestimmt in ablehnendem Sinne, wenn auch in mehr oder weniger versteckter Art. So stehen wir vor der betrübenden Tatsache, daß die Unternehmer ihre für das Volk so vorteilhafte Handelspolitik weiterbetreiben wollen. Diesem Vorhaben gilt unser schärfster Kampf!

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Schutz für die älteren Arbeiter.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge für einen gesetzlichen Schutz der älteren Arbeiter übermittelt. Dabei geht er von der Tatsache aus, daß die Verschärfung des Arbeitstempes durch die Rationalisierung der Wirtschaft überaus starke Anforderungen an die körperlichen und geistigen Kräfte des Arbeiters stellt. Die Folge davon ist ein vorzeitiger Verschleiß des arbeitenden Menschen. Die Gesellschaft kann und darf nicht zulassen, daß die Menschen mit 40 Jahren weggerafft werden wie eites Eisen. Zu der Auffassung der Unternehmer, daß die Wirtschaft sich nur dann günstig entwickeln kann, wenn sie, die Unternehmer, völlig frei über die Arbeiter verfügen können, ist zu sagen, daß die Menschen nicht wegen der Wirtschaft da sind, sondern die Wirtschaft der Menschen wegen. Im Vordergrund haben der Schutz und die Förderung der menschlichen Arbeitskraft zu stehen. Diese Pflicht erfüllt der Staat heute in völlig unzulänglicher Weise. Kürzlich hat der Reichstag ein Gesetz zum Schutz der älteren Angestellten beschlossen. Ein ähnliches Schutzgesetz soll nun auch für die älteren Arbeiter geschaffen werden. Die von den Gewerkschaften hierzu gemachten Vorschläge haben folgenden Wortlaut:

1. Auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung.
 2. Zu fordern ist ein für alle privaten und öffentlichen Unternehmungen geltender Zwang zur Meldung sämtlicher offenen Stellen beim öffentlichen Arbeitsnachweis.
 3. Der Arbeitgeber muß verpflichtet werden, alle Arbeitskräfte nur durch die Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises einzustellen, soweit ihm Arbeitskräfte von dort zugewiesen werden.
 4. Zwang zur Einstellung älterer Arbeiter.
- Die Unternehmungen öffentlichen und privaten Rechts müssen sich verpflichten, Arbeiter, ausschließlich der Altersgruppe der über 40-jährigen Arbeiter oder Arbeiterinnen zu beschäftigen, wenn der Arbeitsnachweis solche älteren

Arbeitskräfte nicht zuweisen kann. Für Berufszweige, in denen das Lebensalter im allgemeinen geringer ist, kann durch Verordnung des Reichsarbeitsministers eine niedrigere Altersgrenze festgesetzt werden.

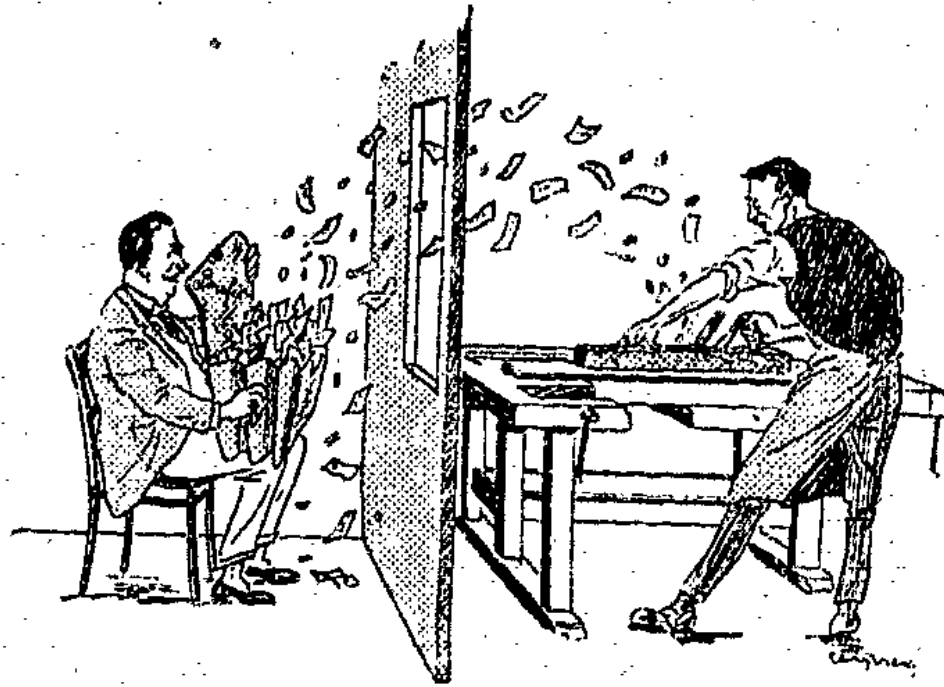
3. Ausdehnung des Einspruchsrechts gegen Kündigungen.

Das Einspruchsrecht gegen Kündigungen, wie es der § 84 des Betriebsvertragesvorschrift, ist den Arbeitnehmern aller Betriebe, auch derjenigen, in denen ein Betriebsrat nicht wählbar ist, zu geben mit der Maßgabe, daß der Einspruch in den letzteren Betrieben an das Arbeitsgericht direkt gerichtet werden kann.

Arbeitgeber, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafen, im Wiederholungsfall mit Freiheitsstrafen bestraft.

Werden diese Vorschläge Gesetz, so sind wir auf dem Wege zu einem wirksamen Schutz der menschlichen Arbeitskraft ein Stück weiter. Für diese gewerkschaftlichen Forderungen mit ganzer Kraft einzutreten, ist Pflicht aller Arbeiter.

Warum?



Die Unternehmer sind gegen den Achtstundentag, denn jede Stunde Mehrarbeit erhöht ihren Profit!

Unternehmer gegen den Achtstundentag.

Das von den Gewerkschaften aller Richtungen geforderte Notgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages hat die Unternehmervverbände auf den Plan gerufen. Sie erlassen folgenden Aufruf:

„Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmer haben sich mit einer gemeinsamen Entschlieung an die Öffentlichkeit gewendet, in der zur Hebung der Arbeitslosigkeit die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages im Wege eines Notgesetzes verlangt wird.

Hierzu erklären wir, daß ein solcher Eingriff in die Produktionsgrundlagen der deutschen Wirtschaft nach der wirtschaftlichen Seite eine Verminderung der Produktionsleistung und damit letzten Endes eine Preisverteuerung mit allen ihren verhängnisvollen Folgen nach innen und außen nach sich ziehen müßte. Vor allem aber würde dieser Schritt keine irgendwie ins Gewicht fallende Wiedereinstellung von Arbeitslosen zur Folge haben, wohl aber in seinen weiteren Auswirkungen die auch tiefste zu beklagende jetzige Arbeitslosigkeit sicher nur noch verstärken.

Die Arbeitszeit, wie sie jetzt in der deutschen Wirtschaft gehandhabt wird, ist auf gesetzlicher Grundlage im Einvernehmen mit den deutschen Arbeitnehmern so gestaltet worden, wie es den Lebensbedürfnissen der deutschen Wirtschaft zur Überwindung der aus dem Krieg, der Inflation und den weltwirtschaftlichen Veränderungen hervorgegangenen Schwierigkeiten entspricht. Die heutige, leider vielfach zu optimistisch angelegene, unserer Überzeugung nach noch durchzuführen und nicht gesicherte Lage der deutschen Wirtschaft erlaubt es nicht, unsere Produktion so schwere Erschütterungen auszuweichen, wie sie die von den Gewerkschaften verlangte gesetzgeberische Maßnahme unserer festen Überzeugung nach mit sich bringen würde. Wir wenden uns daher mit größtem Ernst warnend sowohl an die Reichsregierung als auch an die politischen Parteien mit der dringenden Bitte, das dem gesamten Volk drohende Unheil abzuwehren.“

Unterzeichnet ist der Aufruf von folgenden Organisationen: Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelsstag, Gesamtverband für Gewerbe, Handel und Industrie, Reichsverband der Bankierungen, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Reichsverband des Deutschen Handels, Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen.

Zu dem Unternehmeraufruf ist wenig zu sagen, denn er enthält nichts weiter als die alten, längst bekannten Behauptungen des sozial rückwärtigen Teils des deutschen Unternehmertums. Wenn die Unternehmer von der Wirtschaft reden, meinen sie ihren Profit. Auf diesen nehmen die Gewerkschaften allerdings keine Rücksicht. Daher die erlassene Behauptung von dem „dem gesamten Volk drohenden Unheil“ durch den gesetzlichen Achtstundentag. Die Arbeiterlehren darüber, was ihr stromt. Sie kennt die Ursachen ihrer Notlage und auch die Wege zu ihrer Beseitigung. Darum fordert sie ein Notgesetz zur Wiedereinführung des Achtstundentages!

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusammenfassung ist der 4. Wochenbeitrag für die Woche vom 7. bis 13. November 1929 fällig geworden. Berlin S.O. 16, Am Köpenicker Park 2. Der Verbandsverordn.

Korrespondenzen.

Kellinghusen. Die Solpantoffelfabrik von Gebr. Lempfert ist eine ganz besonders empfehlenswerte Firma. Sie hat die schlechte Wirtschaftslage gründlich ausgenutzt, um die Arbeiter zu schikanieren und sich selbst unberechtigte Vorteile zu verschaffen. Längere Zeit unbeschäftigt gearbeitet, zeitweilig ganz ausgezehrt, zwischen wurden die Arbeiter schikaniert und geprügelt, so daß nur noch eine kleinere Zahl übrigblieb. Daher kommt es, daß Arbeiter, die bis zu 40 Jahren dort gearbeitet haben, jetzt auf der Straße liegen. Dem Rest der Belegschaft wurden Löhne geboten, die weit unter dem Tarif liegen. So zurückhaltend die Firma mit den Löhnen, so freigebig ist sie mit der Verhängung von Strafen. Als Beispiel mag gelten, daß ein Nagler, der einen Leisten auf seinem Arbeitsplatz liegen ließ, mit 3 Mk. bestraft wurde, die ihm von seinem Wochenlohn von 15 Mk. abgezogen wurden. Das schönste ist, daß die Arbeiter von dem Verbleib der Strafgeder nichts wissen. Es wäre wirklich an der Zeit, daß sich die Kollegen endlich ermannen und Ordnung in dem Betrieb schaffen.

Aus der Holzindustrie.

Der Arbeitgeberverband und die Schmuckkonkurrenz.

Die Maßnahmen der Holzindustriellen im Lippeschen Gebiet, die mit Gewalt einen starken Lohnabdruck durchzuführen wollen, sind ausschließlich von egoistischen Motiven diktiert. Sie wollen die Konkurrenz unterbieten. In dem Gebiet werden vorwiegend einfache und einfache Möbel hergestellt, die in der Hauptsache von den Arbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gekauft werden. Dieser Umstand hat den christlichen Holzarbeiter-Verband, der an dem Kampf im lippeschen Holzgewerbe gleichfalls beteiligt ist, veranlaßt, in seinem Organ den Gedanken eines Boykotts der von Streikbrechern hergestellten Möbel zu erwägen. Die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes, ist darüber so erschrocken, daß sie dem Gegenstand in ihrer Nummer vom 2. November gleich einen ganzen Leitartikel widmet.

Wir wollen die Frage des Boykotts an dieser Stelle zunächst nicht weiter erörtern, sondern nur auf die Tatsache hinweisen, daß der Arbeitgeberverband sich der Schmuckkonkurrenz treibenden Unternehmer im lippeschen Gebiet mit ganz besonderem Eifer annimmt. Die „Holzindustrie“ selbst war es, die kürzlich die Schmuckpreise listierte, für welche auf einer Möbelmesse in Dornhausen Möbel angeboten wurden. Einige Zeit darauf veröffentlichte das gleiche Blatt in großer Ausmachung eine Zeitschrift, welche die Kritik zurückweisen sollte, die der Deutsche Holzarbeiter-Verband, gestützt auf die Veröffentlichungen der „Holzindustrie“, in dem lippeschen Lohnkampf an der Schleuderkonkurrenz der dortigen Unternehmer geübt hat. Diese Zurückweisung war sehr schwach. Sie erinnerte an die bekannte Jungfrau, die nur ein ganz kleines Kind geboren hatte. Das Hauptargument war nämlich, daß in Dornhausen weder der lippesche Verband noch seine Mitglieder ausgestellt hätten — „abgesehen von ein oder zwei Firmen“. Wenn man näher zusieht, waren es schließlich noch mehr. Aber lassen wir das; die Sache ist nicht sehr wichtig.

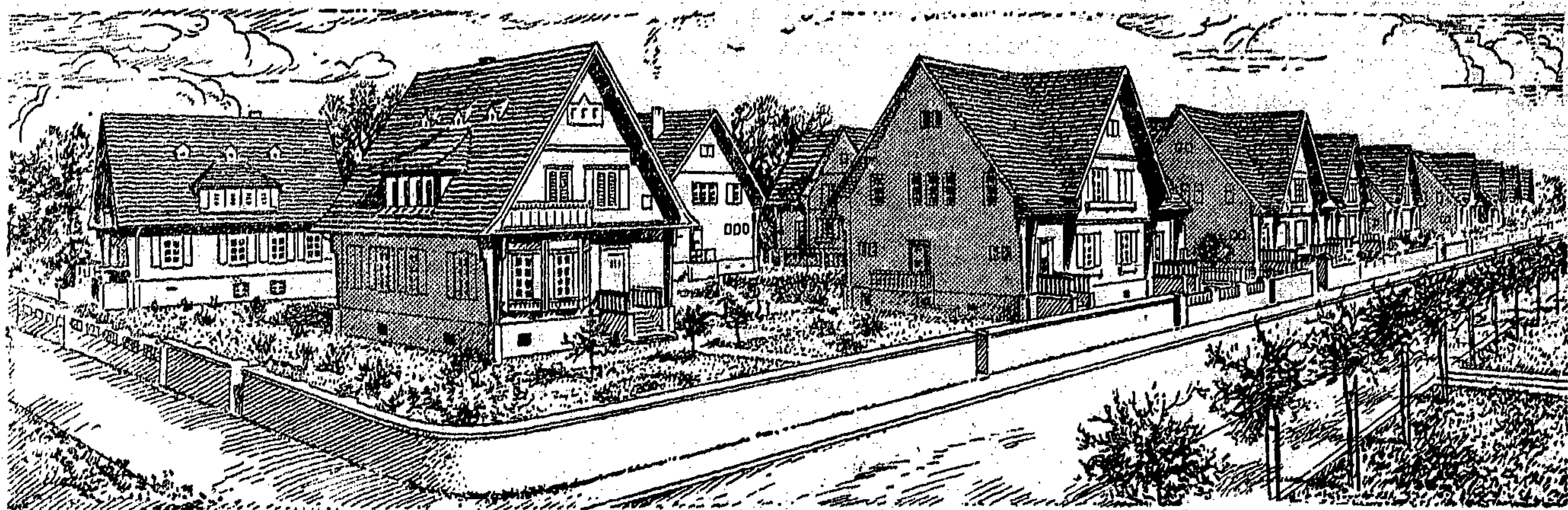
Interessanter ist ein Brief, den kürzlich unser Verbandsvorstand von einem in einem Küchenmöbelfabrikanten aus einer anderen Gegend im Westen des Reiches erhalten hat. Der Herr führt den zahlenmäßigen Nachweis, daß die lippeschen Möbelfabrikanten mit der niedrigen Löhne, die sie zahlen, die ganze Küchenmöbelindustrie in Westdeutschland niederkonkurrieren. Der Briefschreiber richtet an unseren Verbandsvorstand das Ersuchen, sein möglichstes zu tun, um die Löhne im lippeschen Gebiet dem allgemeinen Niveau in der Küchenmöbelindustrie anzugleichen.

Dieser Notschrei ist verständlich. Interessant ist es, daß der Briefschreiber Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist. Derselben Arbeitgeberverbandes, der den Lohndruck der Unternehmer im lippeschen Holzgewerbe mit größtem Nachdruck unterstützt. Man kann es verstehen, daß der Arbeitgeberverband sich bemüht, es allen seinen Mitgliedern recht zu machen. Aber ebenso verständlich ist es, daß er mit einer solchen Politik Schiffbruch erleidet. Das erklärt auch die innere Schwäche des Arbeitgeberverbandes und die Tatsache, daß er sich nicht ausdehnt, sondern daß sich immer mehr Konkurrenzorganisationen aufstun, die eigene Wege gehen.

Es sei gern zugegeben, daß der Arbeitgeberverband durch den Lohnkampf im lippeschen Holzgewerbe in eine unangenehme Lage gekommen ist. Wir können natürlich von der gegnerischen Organisation nicht erwarten, daß sie bei den Auseinandersetzungen die Partei der Arbeiter ergreift. Aber das er, statt seine Schmuckkonkurrenz treibenden Mitglieder im lippeschen Gebiet zur Ordnung zu rufen, seine anständigen Mitglieder nötig, sich hilfesuchend an den Deutschen Holzarbeiter-Verband zu wenden, ist wahrlich kein Ruhmesstück für den Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie.

Vertretung der Waggonindustrie.

Seit einiger Zeit ist von einem deutschen Waggontrust die Rede. An den Meldungen ist zunächst nur so viel wahr, daß die Firmen Van der Zypen u. Charlier, Köln-Deuk, Gothaer Waggonfabrik, Gotha, Gustav Talsbot u. Co., Nachen, Pilsen-Hoimann, Waggon- und Maschinenfabrik Pilsen, Barmen, Waggonfabrik Gebr. Castell, Rating, Waggonfabrik L. Steinrück, Königsberg i. Pr., eine Studien-gesellschaft gegründet haben, die das Problem der Zusammenfassung der deutschen Waggonindustrie zu einem einheitlich geleiteten Unternehmen alsbald in Angriff nehmen soll. Zweck des Zusammenschlusses ist es, die Produktionskosten in durchgehender Weise zu vermindern und dadurch die deutsche Waggonindustrie wieder lebensfähig und auch im Ausland wettbewerbsfähig zu machen. Es gibt wohl kaum ein Gebiet, das sich in gleicher Weise wie der Waggonbau zur Typifizierung eignet. Der bisherige Zustand, daß die meisten Fabriken Eisenbahnwagen verschiedener Art: Güter-



Gewerkschaften — Wohnungsnot — Holzhäuser.

Unter der Wohnungsnot leidet die Arbeiterschaft am stärksten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat daher wiederholt Vorschläge zu ihrer Bekämpfung gemacht. Jetzt tritt er mit einem neuen Wohnungsbauprogramm an die Öffentlichkeit. Vom Reich, den Ländern und Gemeinden wird gefordert, daß sie den Wohnungsbauplanmäßig fördern. Es ist ein Bauprogramm aufzustellen, das den Bau von mindestens 250 000 Wohnungen im Jahr vorsieht. Nur dann ist es möglich, die Wohnungsnot im Laufe der nächsten Jahre einigermaßen zu beheben. Die Wohnungsfürsorge hat sich nur auf die minderbemittelten Volksklassen zu erstrecken. Die Wohnungen dürfen eine Wohnfläche von 100 Quadratmeter nicht übersteigen. Die durchschnittliche Wohnfläche aller zur Errichtung kommenden Wohnungen soll je nach den bezirklichen Verhältnissen 60 bis 65 Quadratmeter betragen. Nach Ablauf von zwei Jahren ist zu prüfen, ob die Durchschnittswohnfläche nicht auf 65 bis 70 Quadratmeter und nach weiteren zwei Jahren von 70 auf 75 Quadratmeter heraufgesetzt werden kann. Wir halten das für eine zwingende Notwendigkeit. Auch die Arbeiterfamilie hat Anspruch auf eine geräumige Wohnung.

Das Wohnungsbauprogramm rechnet mit durchschnittlich 10 000 Mk. Baukosten für eine Wohnung mit 60 bis 65 Quadratmeter Wohnfläche. Das Reich hat in Gemeinschaft mit den Ländern und Gemeinden dafür zu sorgen, die Finanzierung der Wohnungsbautätigkeit so sichergestellt wird, daß die Mieten höchstens 10 Prozent über die örtlich angemessenen Friedensmiete hinausgehen. Der Neubau von 250 000 Wohnungen erfordert bei den heutigen Preisverhältnissen 2 500 000 000 Mk. Kapital. Über die Aufbringung der Mittel wird ausgeführt: Die ersten und zweiten Hypotheken in Höhe von 1 000 000 000 Mk. (für eine Wohnung 4000 Mk.) sind in erster Linie dem deutschen Kapitalmarkt zu entnehmen, der nach dem gegenwärtigen Stande unabweisbar über sehr große Bestände zu diesen Zwecken verfügt. Der etwa noch fehlende Betrag ist aufzubringen durch die Hypothekenbanken und sonstigen Realreditinstitute. Weiter sind die Träger der sozialen Versicherungsanstalten — Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Arvantenkassen und die privaten Versicherungsgesellschaften — zu veranlassen, ihre Kapitalanlage in erster Linie dem Wohnungsbau zuzuführen. Weitere 1 375 000 000 Mk. (für eine Wohnung 5500 Mk.) sollen durch die Hauszinssteuer aufgebracht werden. Vom Ertrag der Hauszinssteuer findet heute nur ein Bruchteil für den Wohnungsbau Verwendung. Diesen Zustand bezeichnet das Wohnungsbauprogramm des ADGB mit Recht als eine sozialpolitische Unmöglichkeit. Wir müssen fordern, daß die Hauszinssteuer dem Wohnungsbau restlos zugute kommt. Das Wohnungsbauprogramm geht leider nicht so weit. Ab 1. Januar 1927 sollen 25 Prozent und ab 1. Januar 1928 30 Prozent der wirklichen Friedensmiete für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Die Hauszinssteuer beträgt heute 40 Prozent der Friedensmiete. Der Restbetrag von 1 250 000 Mk. (für eine Wohnung 500 Mk.) soll durch Eigenkapital der Mieter aufgebracht werden.

Das Reich, die Länder und Gemeinden müssen dafür sorgen, daß für den Wohnungsbau billiges Baugelände entweder im beschränkten Eigentumsverhältnis oder im Erbbaurecht zur Verfügung gestellt wird. Soweit sie nicht über eigenes Gelände verfügen,

muß dieses im vereinfachten Verfahren zu einem angemessenen Preise enteignet werden.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Einsparung von Baukapital durch eine Rationalisierung der Bauwirtschaft im Sinne des Serienbaues unter weitestgehender Typisierung der Bauten und der Normalisierung der Bauteile. Zu diesem Zwecke haben die Länder und Gemeinden darauf Bedacht zu nehmen, daß das öffentliche Baukapital nicht im Individualbau verzettelt, sondern soweit als möglich zu Großaufträgen konzentriert wird, die unter sachverständiger Leitung erster Bauwirtschaftler und Architekten zur Ausführung zu bringen sind.

Unter der Leitung des Reiches ist eine besondere Forschungsstelle einzurichten, die in Verbindung mit den bestehenden Einrichtungen dieser Art alle Neuerungen der Bautechnik sowie neuere Baumethoden prüft und sie für die Anwendung reif macht.

Das Wohnungsbauprogramm des ADGB ist in allen seinen Teilen reiflich durchdacht, seine Durchführung ist ohne weiteres möglich und führt zu einem vollen Erfolg. Aber die Bauweise, ob die Häuser aus Stein, Holz oder aus sonst welchem Material erbaut werden sollen, darüber macht das Programm keine Vorschläge. Das ist zu verstehen. Wir möchten aber annehmen, daß alle Gewerkschafter mit uns der Meinung sind, daß die hoffentlich recht bald ins Leben tretende Forschungsstelle in erster Linie die beste und vorteilhafteste Bauweise zu prüfen hat. Wir haben uns mit dieser Frage in dem Aufsatz „Wohnungsnot — Baut Holzhäuser!“ in Nr. 40 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingehend beschäftigt. Dieser Artikel hat uns zahlreiche Zuschriften aus den Kreisen der Kollegen, Unternehmer und Behörden eingebracht. Alle, mit einer einzigen Ausnahme, stimmen unserer Auffassung zu, daß ein gut gebautes Holzhaus dem üblichen Steinhaus mindestens gleichwertig ist. Die ablehnende Zuschrift eines süddeutschen Kollegen meint, das Holzhaus verweigere die Unkultur der Arbeiterwohnung. Er ruft uns zu: „Auch die Arbeiterfamilie hat ein Anrecht auf eine menschenwürdige Wohnung.“ Das ist ganz unsere Meinung. Die Frage der Wohnungskultur hat mit der Art des Baumaterials aber wenig oder gar nichts zu tun, wenigstens soweit es sich um Stein oder Holz handelt. Ein Kollege, der die Dinge aus eigener Erfahrung kennt, schreibt, das gut gebaute Holzhaus biete eine geradezu ideale Wohnung. Solche Ausprüche sind natürlich nur relativ zu bewerten. Wer aus einem alten Steinhaus in ein neues Holzhaus zieht, wird sich hier selbstverständlich wohler fühlen als in der früheren Wohnung. Zieht man aus einer guten Steinhauswohnung in ein solides gebautes Holzhaus, dann fühlt man sich hier vielleicht nicht wohler, aber sicher ebenso wohl. Darüber sollte man sich jedenfalls einig sein, daß das Holzhaus nicht mit einer Handbewegung abgelehnt werden kann und darf. Wer das tut, handelt aus Vorurteil.

Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß auch das Holzhaus der neueren Zeit noch zahlreiche Mängel hat, sowohl in technischer als auch in architektonischer Hinsicht. Aber das sind Mängel, die leicht behoben werden können. Heute bringen wir ein Bild von der Holzhausfiedlung in Dresden-Grüna. Es handelt sich hier um sogenannte Blockhäuser, die von der Firma Christoph u. Unmack A.-G. in Riesty (Schlesien) entworfen und erbaut worden sind. Die Wände setzen sich aus 7 Zentimeter starken und 16 Zentimeter breiten Holzbohlen zusammen, die wagerecht übereinanderliegen und

gespundet ineinandergreifen. Nach Bedarf werden sie durch Nägel miteinander verbunden. An den Hausecken überschneiden sich die Bohlen und bilden dadurch besonders haltbare Eckverbindungen. Die Querwände sind durch schwalbenschwanzförmige Verblattungen verbunden. Die Decken- und Dachlatten ruhen unmittelbar auf den Wänden, dadurch soll erreicht werden, daß die beim Schwinden des Holzes sich zeigenden Fugen ohne weiteres wieder geschlossen werden. Ob diese Bauart besser ist als die der Deutschen Werke A.-G. in Dresden-Bellerau und anderer Firmen, bedarf der eingehenden Prüfung. Die Blockhausfiedlung hat Ein- und Zweifamilienhäuser. Das schlüsselfertige Haus kostet 16 000 Mk. Das Kubikmeter umbauter Raum stellt sich auf etwa 27 Mk. Jedes Haus hat fünf Zimmer, Küche, Bad usw. mit zusammen etwa 180 Quadratmeter Wohnfläche. Es handelt sich also um sehr geräumige und in jeder Hinsicht zweckmäßig und modern eingerichtete Wohnungen.

Die Forschungsstelle wird sich auch mit der besonders in Ostpreußen versuchten „Festbaubeiße“ eingehend beschäftigen müssen. Nach den uns von der Festbau-A.-G. in Königsberg gemachten Angaben handelt es sich dabei um folgendes: Auf massivem Grundmauerwerk aus Beton oder Ziegelstein wird ein Fachwerkbau, dessen Stiele 10x12 bzw. 12x12 Zentimeter stark sind, errichtet. Die Fachwerkstiele sind nicht wie beim alten Fachwerkbau geschweifelt unterbrochen, sondern reichen von der Grundbohle bis unter das Dach. Die Balkenlagen ruhen auf Querschwellen, die mit eisernen Bolzen an den Stielen befestigt sind. Das Fachwerk ist mit 2 Zentimeter starken und 10 bis 16 Zentimeter breiten gespaltenen rauhen Brettern beiderseitig bekleidet, ebenso die Untersicht der Balkenlage. Zwischen den Balken ist eine Zwischendecke angeordnet. Auf der Zwischendecke und auf den Wandbalken befindet sich eine Füllung, die aus einer besonders hergerichteten losen Füllung besteht, die sich im wesentlichen aus Sägespänen und mineralischen Beimengungen zusammensetzt (Zermolit). Die Beimengungen haben den Zweck, die Füllmasse unverbrennbar zu machen und gegen Fäulnis zu schützen sowie zu verhindern, daß sich in Decken und Wänden Ungeziefer ansiedeln kann. Auf den Wand- und Deckenflächen befindet sich eine Bekleidung mit Rohrgewebe, die mit Zementputz überzogen ist. Der Putzüberzug macht Wand und Decke feuerfester. Die Gesamtstärke der Wände beträgt zusammen 20 Zentimeter. Die Wärmehaftung der Festbaubeiße entspricht der einer beiderseitig verputzten 90 Zentimeter starken Ziegelwand. Da bei der Festbaubeiße nur sehr wenig Wasser zur Verwendung kommt, sind die Häuser sofort nach Fertigstellung beziehbar. Die Bauzeit beträgt drei bis vier Monate. Bei Einzelbauten ist gegenüber dem Steinhaus mit einer Kostenersparnis von etwa 15 Prozent, bei Serienhäusern mit einer solchen von etwa 25 Prozent zu rechnen.

Wir wissen, es gibt Leute, die von den neuen Baumeisern nichts wissen wollen. Warum? Weil sie im Steinhaus groß geworden sind, und so halten sie dieses für die einzig mögliche Wohnstätte. Sie wollen das Holzhaus bestenfalls als Notbau gelten lassen. Wäre es an dem, dann dürften unter keinen Umständen Holzhäuser gebaut werden. Wir brauchen gesunde und geräumige Dauerwohnungen, wer minderwertige Häuser baut, verschwendet Material und Geld, schädigt die Allgemeinheit. Das gut gebaute Holzhaus ist dem Steinhaus aber mindestens ebenbürtig. Und da es in viel kürzerer Zeit und billiger hergestellt werden kann als das Steinhaus, ist es das gegebene Mittel zur baldigen Überwindung der furchtbaren Wohnungsnot.

wagen, Personenwagen, Straßenbahnwagen usw. in denselben Werkstätten bauen und zu diesem Zweck große Konstruktions- und Verkaufsbureaus unterhalten müssen, soll in Zukunft beseitigt werden. Durch Zusammenfassung der Fabriken werden sich wesentliche Vereinfachungen, Verbesserungen und Verbilligungen ergeben. Die Arbeiten der Studiengesellschaft sollen sehr beschleunigt und in enger Fühlung mit dem Großabnehmer der Waggonindustrie, der Deutschen Reichsbahngesellschaft, durchgeführt werden.

Wenn es zum Zusammenschluß der genannten acht Unternehmungen kommt, dann ist das erst ein bescheidener Anfang der Vertrustung der Waggonindustrie. Wir haben in Deutschland gegenwärtig etwa 60 Waggonfabriken. An den Zusammenschlußbestrebungen ist bis jetzt also nur ein Bruchteil der Werke beteiligt. Die noch fernstehenden sollen zum Anschluß aufgefordert werden, verschiedene werden dem Anschluß auch Folge leisten. Für einen wirklichen Waggontrust scheint uns die Zeit aber noch nicht reif zu sein.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1925.

Die christlichen Gewerkschaften, deren Abrechnung jetzt im „Zentralblatt“ veröffentlicht wird, haben im Jahre 1925 einen kleinen Mitgliederrückgang erlitten. Im Jahresdurchschnitt gerechnet, stieg zwar die Mitgliederzahl von 605 392 auf 606 228, doch zählten alle angeschlossenen Verbände am Schluß des Jahres 1925 nur 587 678 Mitglieder; das sind 25 274 weniger als ein Jahr zuvor. Der Bericht führt die unbefriedigende Mitgliederentwicklung zum Teil auf die große Arbeitslosigkeit in den hauptsächlichsten Rekrutierungsgebieten der christlichen Gewerkschaften, vornehmlich im Rheinland und in Westfalen, zurück. Außerdem wird auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen, die den christlichen Gewerkschaften durch immerwährende Verhinderung der parteipolitischen Leidenschaften in das gewerkschaftliche Lager hineinzutragen. In dem Bericht

wird ausgeführt: „Der politische Kampf für und gegen Stegerwald, die beiden Reichspräsidentenwahlen, das Volksbegehren und der Volksentscheid, der Streik um die Reichsfarben und die Wehrverbände warfen störend ihre Wellen in den Arbeitsbereich der christlichen Gewerkschaften.“

Diese Klagen sind verständlich. Wenn auch die Gewerkschaften, und das gilt für die Gewerkschaften aller Richtungen, die Parteipolitik aus ihrem Arbeitsbereich ausschalten, so handelte es sich doch bei den meisten der erwähnten Streitfragen um solche, die das ganze Volk so mächtig auswählten, daß es auch den Gewerkschaften nicht möglich war, ihnen teilnahmslos gegenüberzutreten. Im Grunde drehte es sich immer um die gleiche Frage, nämlich Republik oder monarchistische Reaktion. Für Arbeiterorganisationen kann dieser Frage gegenüber die Stellungnahme nicht schwerfallen. Wenn man aber dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband einen bestimmenden Einfluß auf die Politik der christlichen Gewerkschaften einräumt, den Gemordeten im christlichen Landarbeiter-

Verband ein schlagendes Aush bereitet und den Leiter dieses Verbandes, trotz der unruhigen Geldgeschäfte, die er mit der Vereinfachung der deutschen Arbeitgeberverbände gemacht hat, der höchsten Ehrungen würdig hält, dann sind innere Anstöße in den christlichen Gewerkschaften verstandlich.

Die zahlenmäßige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1925 lautet die folgende Übersicht:

Table with 4 columns: Verbände, Mitgliederzahl am Jahreschluss 1924, Mitgliederzahl am Jahreschluss 1925, Gewinn oder Verlust absolut, Gewinn oder Verlust Prozent.

Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß sich der Verband der Gärtner am 1. September vom Landarbeiter-Verband losgelöst hat. Die Mitgliederentwicklung ist übrigens in den einzelnen Verbänden recht unterschiedlich; einige Organisationen haben einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, der allerdings den Verlust, den andere erlitten haben, nicht ausgleicht.

Zum Vergleich sei daran erinnert, daß die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände ihre Mitgliederzahl im Jahre 1925 von 4 023 867 auf 4 182 511 steigerten. Sie hatten eine Gesamteinnahme von 147 526 701 Mk. und eine Gesamtausgabe von 125 874 093 Mk. In relativen Zahlen ausgedrückt bedeutet das: Die Mitgliederzahlen der freien und der christlichen Gewerkschaften verhalten sich wie 100:14, die Einnahmen und Ausgaben wie 100:10. Bei den Holzarbeitern kommen auf 100 Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nur 8,7 Mitglieder des christlichen Verbandes. Das heißt, die christlichen Gewerkschaften folgen den freien Verbänden hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl erst in sehr weitem Abstand; noch weit größer ist der Abstand hinsichtlich des Einkommens auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Maßgebend sind auf diesem Gebiet nach wie vor die freien Verbände.

Robert Dikmann †.

Robert Dikmann unternahm vor einigen Wochen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine Studienreise nach Amerika. Zum 4. November wurde er zurückgerufen. Am 31. Oktober meldete das Schiff, auf dem er sich auf der Heimreise befand, seinen Tod. Ein Herzschlag hat seinem Leben ein plötzliches Ende gemacht. In Robert Dikmann ist einer der bekanntesten Gewerkschaftsführer dahingegangen. Am 8. August 1878 in Müllersdorf (Sachsen) geboren, erlernte er nach Beendigung der Schulzeit das Dreherhandwerk. Schon als Jugendlicher zeigte er reges Interesse an der Arbeiterbewegung. Mit 22 Jahren wurde er Geschäftsführer der Verwaltungsgesellschaft Elberfeld des Metallarbeiter-Verbandes; später stieg er in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M. über. Nach achtjähriger Tätigkeit als Gewerkschaftsangehöriger wurde er 1908 Sekretär der Sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis Hanau-Bochenheim und einige Jahre später Bezirkssekretär in Frankfurt a. M. Dikmann zählte stets zur radikalen und linken Richtung in der Arbeiterbewegung. Er gehörte zu den Gründern und Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. In der Nachkriegszeit betätigte er sich wieder mehr in der Gewerkschaftsbewegung. Auf dem Münchener Gewerkschaftskongress 1919 gehörte er zu den schärfsten Gegnern der damaligen Gewerkschaftspolitik. Auch im Metallarbeiter-Verband war er der Führer der Opposition. Auf dem Stuttgarter Verbandstag 1919 wurde er an Stelle von Alexander Schlichte zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Manche von denen, die ihm damals wegen seiner radikalen Einstellung zur Gewerkschaftspolitik ihre Stimmen gaben, haben ihn später als „Verräter“ bekämpft. Dikmann war ein temperamentvoller Kämpfer, mit Feuereifer ging er an die Arbeit, dabei überließ er oft die harten Tatsachen der Wirklichkeit. Seine Stärke war die Kritik. Wenn er in Versammlungen oder im Parlament seine Anklagen gegen die heutigen Zustände erhob, fand er bei den Massen begeisterte Zustimmung. Nun ist sein beredter Mund verstummt. In nimmermüder, nebenaufreibender Tätigkeit erschöpfte sich vorzeitig seine Lebenskraft im Dienst der Arbeiterbewegung. Ehre seinem Andenken!

Ein Jubiläum im Bekleidungs-Arbeiter-Verband

Im „Bekleidungs-Arbeiter“, dem Organ des Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes, wird die Erinnerung an das erste Verbandsorgan wachgerufen, das vor 50 Jahren, am 4. November 1876, zum ersten Male erschien. „Der Fortschritt“ hieß das in Gießen herausgegebene Blättchen mit dem Untertitel „Organ des Allgemeinen Deutschen Schneider-Vereins“. Die Gründe für die Herausgabe, die in der ersten Nummer dargelegt wurden, sind zugleich ein Beitrag für die allgemeine Gewerkschaftsgeschichte der damaligen Zeit. Die meisten Gewerkschaften benutzten den „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokraten, als ihr Publikationsorgan. Das Wachstum der Gewerkschaften bewirkte eine sehr starke Inanspruchnahme des Raumes. Deshalb hatte der Kongress der Sozialisten beschlossen, nur noch die dringendsten Gewerkschaftsangelegenheiten im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Dieser Beschluß nötigte die Schneider, sich ein eigenes Organ zu schaffen. Ebenso wie der Verband entwickelte sich sein Organ, beide fielen aber dem im Jahre

1878 erlassenen Sozialistengesetz zum Opfer. An Stelle des verbotenen „Fortschritt“ erschien am 1. Januar 1879 die „Neue Schneider-Zeitung“. Sie wurde in der Leipziger Genossenschaftsdruckerei hergestellt und fiel gleichfalls dem Sozialistengesetz zum Opfer, als im Sommer 1881 der kleine Belagerungszustand über Leipzig verhängt wurde. Erst mit Beginn des Jahres 1887 konnte ein neues Organ, „Der Schneider“, herausgegeben werden, der in Hamburg erschien. Nur ein Jahr lebte das Blatt; wegen des Neujahrsartikels 1888 wurde es verboten und der Redakteur Magnus aus Hamburg ausgewiesen. Aber die Lücke wurde sehr schnell ausgefüllt. Am 5. Februar 1888 erschien bereits die „Fachzeitung für Schneider“, die als Organ des einzigen Monats später gegründeten Deutschen Schneider-Verbandes anerkannt wurde. Seit her haben sich der Verband und sein Organ fortentwickelt. Infolge der Erweiterung seines Arbeitsgebietes hat der Verband seinen Namen in Bekleidungs-Arbeiter-Verband geändert, und entsprechend wurde auch der Titel des Verbandsorgans geändert. In der großen Familie der Gewerkschaften haben beide, der Verband sowohl wie sein Organ, stets eine geachtete Stelle eingenommen. Es ist aber recht interessant, gelegentlich an die Anfänge zu erinnern, auch die Schwierigkeiten, welche die junge Gewerkschaftsbewegung zu überwinden hatte. Dem gewerkschaftlichen Nachwuchs möge es ein Ansporn sein, in der Arbeit für die Organisation nicht zu erlahmen.

Literarisches.

Farbige Wohnräume. 24 Tafeln (Größe 28 mal 38 Zentimeter) farbige dargelegter Räume (3 Bohn-, 6 Speise-, 6 Herren- und 7 Schlafkammern) mit den einzelnen Möbeln im Maßstab 1:20. Dazu weitere 24 Tafeln mit den zur Anfertigung der Möbel erforderlichen Grund- und Aufsichten. Preis des Werkes in solider Mappe 80 Mk. — neue Freunde werben. Von allen bisherigen Wohnbüchern unterscheidet sich die neue darin, daß sie nicht einzelne Möbel, sondern ganze Zimmereinrichtungen zeigt, und zwar jeden Gegenstand in seiner natürlichen Farbe. Auf diese Weise wird das Werk zum Begleiter eines neuen Wohnkultur. Wenn man sich eine solche Einrichtung anschaut, merkt man so recht, wieviel überflüssige und ungewöhnliche Gegenstände unsere Wohnungen im allgemeinen noch enthalten. Aber man lernt auch, wie leicht es oft ist, mit weniger und einfacheren Mitteln die Zimmer leichter, luftiger und wohnlichter zu gestalten. Im Mittelpunkt der Zimmereinrichtung stehen die Möbel. Und ob es sich um einfache oder um beste Qualitätsmöbel handelt, alle zeigen Zweckmäßigkeit und Schönheit in Form und Material. Ein Tischmeister, der seiner Arbeit solche Zimmereinrichtungen zeigt, wird stets Anklang finden. Sie bieten die Kostgänger, die Unternehmer auf das neue Werk unserer Verlagsanstalt aufmerksam zu machen. Auch manchem Kollegen wird die Vorlagenmappe farbiger Wohnräume als Weihnachtsgeschenk willkommen sein.

Karl Dröpper: Das Buch vom Eppel. Eine Schelmen- und Räuberchronik aus Franken. Verlag J. S. B. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Preis kartoniert 2,80 Mk. — Der Raubritter Eppel von Gallingen ist eine fagenumwobene Gestalt aus dem 14. Jahrhundert. Auf ihn ist das bekannte Wort gemünzt: Die Ritterberge fangen kein Feind, sie häuten ihn denn zuvor. Der Eppel hat es nämlich fertig gebracht, den Ritterbergen zu entweichen, unmittelbar ehe sie ihn aufzufressen wollten. Dröpper zeichnet in dem Buch mit dem Humor ein Bild des Raubritters, seine verwegenen Streiche und tollen Schelmenstücke.

Zentral-Arbeiten- und Sterbefälle der Tischler usw., Hamburg. Gesamtsumme im Oktober 1925 87 783,40 Mk. Gesamtsumme im Oktober 1926 11.101,04

Achtung! Bis 6. November gelangen Instruktionen und Agitationsmaterial zum Versand. Ortsverwaltungen, die am 10. November etwa nicht im Besitze der Sendung sind, wollen sich gefl. melden. A. S. u. I., Hauptkassierer.

Wir nehmen die gegen Herrn Schillingmann von uns gelegentlich des Streits ausgesprochene Beleidigung hiermit zurück. Leipzig, 1. November 1926. A. Seif. A. Polthoff.

Kronzopelieferer durchwegs veredelt, jetzt für sofort erhalt. Medlerburg, Goldbleichenfabrik S. Dloßs, Gerdau, Adlbg.

Tischlerfachschule Cölthen-Anhalt. Ausst. u. a. Betriebsamt. Meister, Techniker usw. Beiz- u. Polierkurse. Progr. g. Rückp.

Das Feinste! Original Ott's Umia-Reform-Putzmittel, Pechholzschle, verstellb. Messeröffn. Veranschaul. 1200. Nachh. 1350 fr. J. H. Wüster, Cronenberg, Rhld.

Jeder vorwärtsstrebende Tischler ist königlicher Leier des Fachblatt für Holzarbeiter

Fachblatt für Holzarbeiter. Januarheft 1920 und Januarheft 1922, kauft die Verwaltungsstelle Elmshorn.

Schöne Intarsien für Möbel, Maxim. Weiß, Leipzig, Kochstr. 28

Leim- u. Furnieröfen fertig, als Spezialität (Preis gratis) Gebr. Kettinger, Freiburg i. B.

Nobelbänke 12 Qualität, Bitt, beste ged. Roth. Eisenst., samtl. Größe, 2 m lg., 78 Mk. Karl Rasmich, Pirna, Gartenstr. 4.

Tischlerschule Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt, Programm geg. Rückp.

Schlittenkufen 140 120 120 110 100 90 cm Holzlänge 1,70 1,55 1,40 1,30 1,15 1, — Mk ab Lag. geg. Nachnahme durch Fr. Hornung, Jegglingen in Württemberg

Nobelbänke 2 m lang, mit Eisenstange u. eiserner Hängvorrichtung, 2 75 Mark. H. Dreyer, Holzhausen, Sparsbergstr. 11

Demnächst erscheint: DAS BUCH DES REICHSPRÄSIDENTEN EBERT

Eines Menschen Weg Roman von Emil Felden

Preis broschiert . . 3,50 Mark In Ganzleinen geb. 5,— Mark Vorbestellungen nehmen alle Ortsverwaltungen entgegen!

VERLAGSANSTALT DES DEUTSCHEN HOLZARBEITER-VERBANDES GMBH. BERLIN SO 16 Am Köllnischen Park 2

Sportschlittenkufen aus erstk. Erbst. 50 Mk. d. laut. Mk. (Holzlänge) 1 Paar (Doppelkufe) ab Fabrik geg. Nachh. od. Voranzahl. Rohzust. angeber. M. Bälsig, Holzberger, Böben.

Engl. Bildhauer-Werkzeuge Verlangen Sie sofort neue Preise. Tischler-Werkzeug-Neuheiten. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Kollegen! Nobelbänke in jeder gewünschten Ausführung, Normalmaß, 2 m lang, mit Eisenstange, Blatt u. Lagergestell, aus la. trockener Rotföhne 88 Mk. Basler-Bezirke-Verband Schläder, G.m.b.H., Abteilung Fabrik für Holzverarbeitung, Liegnitz, Gellwitzer Str. 1.

Intarsien! jeden Zweck Schellack-Produkt, Musterbogen, 50 Pf. Briefmarken, Furnierfugen-Hobel, D. R. P. z., E. Biller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Sportschlittenkufen! Selten günstiges Angebot! Sofort ab Lager lieferbar: Sportschlittenkufen aus schlesischer Esche in prima Qualität. Riesengabelform: 70 80 90 100 110 120 130 140 150 160 cm Holzlänge 1,05 1,20 1,30 1,45 1,60 1,70 1,85 2,— 2,15 2,35 RM. pro Paar Davoser Form: 70 80 90 100 110 120 130 140 150 160 cm Holzlänge 0,80 0,90 1,— 1,20 1,30 1,40 1,50 1,60 1,70 1,80 RM. pro Paar auch länger (1 Paar = 1 Doppelkufe). Preise für Ringelkufen, anfragen gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Form, genaue Adresse, Versand, ob Post oder Bahn, Bahnstation angeben. Weigel & Lange, Greiffenberg i. Schlesien.

Gebogene Rodelkufen. Schlittenlänge 70 80 90 100 110 120 130 cm Pro Paar in Esche 1,— 1,40 1,60 1,80 2,— 2,20 2,35 Mark Pro Paar in Buche 1,— 1,10 1,20 1,30 1,45 1,55 1,70 Mark Versand geg. Nachn. A. Trübnerbach, Holzblegerl, Langenau b. Freilberg.

Treppenbauer Fachliteratur Der Treppenbauer. Ein Handbuch für die Praxis zur Herstellung von Treppen aus Holz. Praktische Anleitung zur Herstellung gemaunder und komplizierter Holztreppen. Mit 464 Textabbildungen. Von Fritz Arß . . . Gebietet 7,50 Mk. Der Holztreppendau. 20 Tafeln mit Textheft. Von O. Winkelmüller . . . In Mappe 5,90 Mk. Der Bau hölzerner Treppen. Mit besonderer Berücksichtigung der Konstruktion. 24 Tafeln mit erläuterndem Text. Von Dr. W. S. Behle . . . In Mappe 6 Mk. Treppen aus Holz. Eine kurze Anweisung zum Gebrauch für Treppenbauer, Baugewerksmeister, Zimmerleute und Bauhülfer. Mit 100 Abbildungen auf 6 Tafeln. 7., verbesserte Auflage. Von Dr. W. S. Behle. Herausgegeben von Emil Lorenz . . . Gebietet 1 Mk. Der Geländerbauer. Ein Handbuch für die Praxis zur Herstellung der Geländer aus Holz unter besonderer Berücksichtigung der Anfertigung der Geländerklammerungen. Mit 24 Textabbildungen. Von Fritz Arß . . . Gebietet 4 Mk.

VERLAGSANSTALT DES DEUTSCHEN HOLZARBEITER-VERBANDES GMBH. BERLIN SO 16 Am Köllnischen Park 2

Hobelbänke, 12 Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell ged. frock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge mit Stahlspindel, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung 1,- je jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. Briefmarken. Max Walther, Dresden 27, Rehefelder Strasse 53.

Um den reichsten Anträgen zu begegnen, bitte ich hiermit zu: Sportschlitten-Kufen, Esche, gebogen, prima Qualität, 100 120 140 160 cm Holzlänge 1,70 2,20 2,50 2,80 Mk. pro Paar ab Lager geg. Nachnahme. Zum Versand gelangt nur Beste, ausgesuchte, astreine Ware. Lieferung sofort. Preise für Ringelkufen und Schmelzschuhe auf Anfrage. M. Walther, Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53.

KLEINES Vorzugsangebot! WILHELM-BUSCH-ALBUM Sammlung hundert Bildergeschichten mit etwa 450 Bildern und mit einem Selbstporträt von Wilhelm Busch. Preis des Beries (Gr. 5x31 cm) in Halbleinen gebunden nur 5 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, Postcheck: Nr. 23397.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H. Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, Fernruf Moritzpl. 14719-20

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2